

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific geographical locations.

Geostrategische Schirmmützel im Hinterhof der USA?

In Lateinamerika wächst die Bedeutung Chinas und Russlands

CLAUDIA DETSCH
April 2018

- Derzeit erleben wir weltweit eine Neuausrichtung der geostrategischen Beziehungen. Lateinamerika steht dabei nur selten im Fokus. Die Region stellt keine Bedrohung für die globale Sicherheitslage dar, nimmt gegenwärtig aber auch kaum gestaltenden Einfluss auf die internationalen Beziehungen oder die Globalisierung.
- Lateinamerika dient jedoch durchaus als Spielfeld geostrategischer Interessen der großen Mächte. So verstärkten in den vergangenen Jahren insbesondere Russland und China ihre Präsenz in der Region.
- Das gegenwärtige Desinteresse bzw. die Brüskierung durch die USA sowie die Abwesenheit der EU kommen dem Engagement Chinas und Russlands in Lateinamerika entgegen: Die lateinamerikanischen Staaten versuchen ihre Beziehungen zu diversifizieren und setzen dabei auf China und Russland.

Die Links-Wende Lateinamerikas zu Beginn der 2000er-Jahre begünstigte die Wiederaufnahme (im Falle Russlands) bzw. Intensivierung (im Falle Chinas) der Beziehungen zur Region. Insbesondere für die Regierungen des sogenannten »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« wie Venezuela, Kuba, Bolivien oder Nicaragua schien eine vertiefte Zusammenarbeit auch aus ideologischen Gründen attraktiv. Der geteilte Wunsch nach einem Gegengewicht zur Hegemonie der USA war von zentraler Bedeutung. Zudem sind aus Moskau oder Peking keine kritischen Fragen zum Umgang mit der Opposition oder zur Menschenrechtsbilanz zu befürchten. Im Gegenzug unterstützen diese Regierungen verlässlich russische bzw. chinesische Positionen innerhalb der UN-Institutionen.

Zwar verloren die Mitte-links-Regierungen in den letzten Jahren einige Wahlen bzw. die Mehrheiten im Parlament und wurden durch konservative oder liberale Regierungen abgelöst – insbesondere in Argentinien, Brasilien und jüngst Chile –, jedoch beeinträchtigt dies nicht die in den 2000er-Jahren intensivierten Beziehungen zu China und Russland. Unzweifelhaft suchen die konservativen und/oder neoliberalen Regierungen Lateinamerikas erneut die Nähe zu den USA und zu Europa, da der Westen den Wirtschaftseliten dieser Länder traditionell näher steht und sie sich historisch wie ideell dort verorten. So streben Brasilien und Argentinien derzeit eine Mitgliedschaft in der OECD an, Kolumbien verfolgt dieses Anliegen schon länger und Mexiko und Chile sind bereits Mitglieder. Die Beziehungen zu Russland und China sollen darunter aber nicht leiden.

Den genannten Regierungen geht es nicht um Ideologie oder geostrategische Interessen, sondern schlicht um eine Diversifizierung der Absatzmärkte und attraktive Investitionen. Zudem brüskiert Donald Trump selbst solche Regierungen, die eigentlich die Nähe der USA suchen. Sein Protektionismus wirkt hier ebenso abschreckend wie die Aussage, dass auch eine militärische Intervention in Venezuela in Betracht zu ziehen sei.

Die Europäische Union konzentriert ihre außenpolitische Aufmerksamkeit derweil auf diejenigen Regionen, die bei der Bekämpfung des Terrors und der Eindämmung der Migration helfen können sowie auf Konflikte in der eigenen Nachbarschaft. Da Lateinamerika in diesen Bereichen für Europa keine Rolle spielt, ist es inzwischen beinahe ein blinder Fleck der europäischen Außenpolitik

geworden. In Lateinamerika ist Außenpolitik hingegen derzeit zuvorderst Wirtschaftsaußenpolitik. Dies gilt insbesondere für die Präsidenten des rechtsliberalen Lagers wie Macri (Argentinien), Temer (Brasilien) oder Peña Nieto (Mexiko). Insbesondere China ist aus Sicht lateinamerikanischer Regierungen ein attraktiver Handels- und Investitionspartner sowie Kreditgeber. Die öffentlichen Bekenntnisse Pekings zu Freihandel, Globalisierung und einer strategischen Kooperation auf Augenhöhe sorgen dabei für Erleichterung in Zeiten eines wachsenden Protektionismus und einer unverhohlenen Arroganz in den USA. Zwar setzen die marktfreundlichen Präsidenten des rechten Lagers zu Hause keineswegs auf eine staatsbasierte Entwicklung ihrer Volkswirtschaften, wie dies Peking tut, dennoch stellen diese unterschiedlichen Visionen des Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells in der Praxis bisher kein Hindernis dar.

Lateinamerika: Bald Teil der Seidenstraße?!

Dementsprechend fällt auch die jüngste Charme-Offensive der chinesischen Regierung auf fruchtbaren Boden. Auch Lateinamerika soll seinen Platz in der Belt-and-Road-Initiative (BRI) des chinesischen Präsidenten bekommen. Im Januar 2018 rief Xi Jinping die Lateinamerikaner_innen dazu auf, an der Entwicklung der Seidenstraßeninitiative mitzuarbeiten. Diese würde durch den Einbezug Lateinamerikas endgültig globale Ausmaße annehmen. Außenminister Wang Yi nahm Anfang Januar am zweiten Ministertreffen zwischen China und der Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (CELAC) teil, in dessen Rahmen eine Sondererklärung zur BRI formuliert wurde. Ziel der Kooperation ist es laut Wang, Logistik-, Elektrizitäts- und Informationspfade auszubauen. Damit solle eine neue Ära eingeleitet werden, so Xi Jinping in einer Grußadresse an das Forum. Zwar gibt es bislang noch keinen formalen Einbezug Lateinamerikas in die BRI und entsprechend auch noch keine Zusagen über Finanzierungen aus dem Silk Road Fund (Panama hat bisher als einziges lateinamerikanisches Land eines der über siebzig bestehenden »Belt and Road Cooperation Agreements« unterzeichnet), dennoch ist das Interesse Chinas, auch Lateinamerika über die BRI enger an sich zu binden, deutlich erkennbar.

Die zukünftige Kooperation zwischen China und Lateinamerika, wie Wang sie in Santiago entworfen hat, spie-

gelt die fünf Säulen der BRI wieder: Politische Zusammenarbeit, Infrastrukturentwicklung, Investitionen und Handelserleichterungen, finanzielle Integration sowie kultureller und sozialer Austausch. Im Vordergrund steht die Überquerung des Pazifiks, bezeichnet als Ausbau der »maritimen Seidenstraße«. Es steht zu erwarten, dass weitere lateinamerikanische Länder nun Interesse an einer Mitgliedschaft in der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) anstreben.

Der Einbezug Lateinamerikas in die Initiative schreibt die bestehenden Beziehungen zwischen der Region und China konsequent fort. Unter den lateinamerikanischen Präsidenten fällt Xis Aufruf daher auch auf fruchtbaren Boden: Zum einen wird Lateinamerika durch die BRI enger an die Asien-Pazifik-Region angeschlossen, zum anderen sind längst auch die Lateinamerikaner_innen davon überzeugt, dass die Zukunft in der Pazifikregion liegt, sei es wirtschaftlich oder geostrategisch.

China ist heute ein zentraler Handelspartner der Region; für Brasilien, Chile und Peru bereits der wichtigste. Dies sind jene Länder, die von einer Verbindung zwischen den Ozeanen am meisten profitieren würden. Seit dem Jahr 2000 ist der Handel um das 22-fache gestiegen. 2014 lag das Handelsvolumen zwischen China und Lateinamerika bei 200 Mrd. US-Dollar; auch die Direktinvestitionen chinesischen Ursprungs sowie die Kreditvergabe sind massiv gewachsen. Zwar liegen die Direktinvestitionen aus Europa weitaus höher, doch sind die chinesischen Zuwachsraten immens und fließen zunehmend auch in bisher nicht berücksichtigte Wirtschaftssektoren. Allein 2016 vergaben chinesische Banken Kredite in Höhe von 21 Mrd. US-Dollar in die Region. Zudem trieb die chinesische Nachfrage nach Rohstoffen und Agrargütern Anfang der 2000er-Jahre deren Weltmarktpreise in die Höhe. Lateinamerika profitierte; starkes Wirtschaftswachstum war die Folge.

Kritik: Tradierte Rollen und sozial-ökologische Konflikte

Die Rolle Chinas wird in Lateinamerika allerdings zunehmend ambivalent bewertet – insbesondere abseits der Regierungsebene, also innerhalb der Zivilgesellschaft und bei ökologisch orientierten Parteien und Bewegungen. Die in der Vergangenheit recht einseitige wirtschaftliche Ausrichtung Chinas hat Kritik hervorgerufen.

Die Volksrepublik kauft Rohstoffe und Agrargüter und verkauft im Gegenzug günstige Industriegüter. Damit trägt sie dazu bei, Lateinamerikas Rolle als Lieferant von Primärgütern festzuschreiben und die Industrialisierung der Region zu behindern. Statt einer Vertiefung der Industrialisierung kam es zur Reprimarisierung der Volkswirtschaften.

Lateinamerika scheint heute gefangen in der Rohstoff-falle. Und wenn die chinesische Nachfrage zurückgeht, wie in den letzten Jahren, dann leidet Lateinamerikas Wirtschaft. Zudem werden soziale und ökologische Konflikte verschärft: So wird kritisiert, dass bei chinesischen Infrastrukturprojekten Materialien und Arbeitskräfte häufig aus China stammen und entsprechend wenig positive Impulse für die heimische Wirtschaft generiert würden. Umweltschützer_innen kritisieren zudem die Rolle Chinas bei der Reprimarisierung der Region, die mit negativen sozialen und ökologischen Folgen in Verbindung gebracht wird. Das Angebot, Lateinamerika zu einem Teil der BRI zu machen, folgt diesem Muster: der Ausbau der Transportwege sowie die Verbindung zwischen Land und Ozeanen stehen im Vordergrund. Dies passt zu einem bereits 2015 vorgelegten Fünfjahresplan, der Investitionen des chinesischen Staates in Höhe von 250 Mrd. US-Dollar in Süd- und Zentralamerika vorsieht. Im Zentrum dieses Plans stehen Rohstoffe und die nötige Infrastruktur für deren Transport. Der nun im Rahmen der BRI artikulierte Schwerpunkt liegt auf bi-ozeanischen Schienenverbindungen und Tunneln. Dabei geht es insbesondere darum, die Transportkosten zwischen Brasilien und China zu reduzieren, indem etwa Häfen in Kolumbien und Peru auf dem Landweg erreicht werden können. Damit soll der Zugang Chinas zu den Rohstoffen der Region gesichert werden.

Die Liste an Vereinbarungen zu Cross-country- und Cross-border-Transportwegen ist in den letzten Jahren gewachsen. In der Praxis ist dies zwar bislang noch wenig zu sehen, sollte Peking mit der Aufnahme Lateinamerikas in die BRI jedoch Ernst machen, dürfte sich dies in absehbarer Zeit ändern. Umweltschützer_innen schlagen bereits Alarm, da ein Streckenverlauf der Schienenverbindung durch den Amazonas Brandrodungen und Abholzungen begünstigen würde. Zudem werfen die Infrastrukturprojekte der Chines_innen in Lateinamerika ähnliche Fragen auf wie bereits andernorts: Woher werden die Arbeitskräfte kommen? Werden Arbeitsrecht und Umweltschutz respektiert? Geht die Verwaltung

und Kontrolle der fertiggestellten Projekte später auf die lokalen Regierungen über etc.? Die bisherigen Erfahrungen stimmen diesbezüglich wenig optimistisch.

Trotz solcher Bedenken gilt China gerade in Zeiten eines wachsenden nordamerikanischen Protektionismus vielen lateinamerikanischen Regierungen als Alternative. Die Lateinamerikaner_innen erhoffen sich sowohl finanzielle Hilfe beim Ausbau ihrer defizitären Infrastruktur als auch Impulse der wirtschaftlichen Entwicklung durch Investitionen. Und sie setzen darauf, dass China seine Geschäftsbeziehungen zu Lateinamerika weiter diversifizieren wird. Die Jahre der Wirtschaftskrise haben Unternehmer_innen aus der Volksrepublik bereits genutzt, um Unternehmen zu kaufen bzw. selbst zu gründen – bisher wurden schon mehr als 2.000 Unternehmen in Lateinamerika durch Chines_innen gegründet. Die klassische Rolle Chinas als Partner, der lediglich die eigene Rohstoffnachfrage absichern will, erodiert damit zunehmend und wird durch Kooperationen im Ausbildungs- und Dienstleistungsbereich erweitert. Neben dem Aufkauf von Rohstoffen und Agrargütern nehmen chinesische Unternehmen zudem verstärkt Sektoren wie den Autobau, E-Commerce und das Technologiebusiness in den Blick. Auch auf diesen Feldern könnte BRI bestehende Tendenzen verstärken.

Trump macht Platz

Auch in Lateinamerika begünstigt Donald Trump den Aufstieg Chinas: China dürfte von einem möglichen Ende der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA profitieren. Die mexikanische Regierung sucht angesichts der stockenden Verhandlungen und der Brückierungen aus Washington nach Alternativen zum US-Markt. Der immense chinesische Markt sowie chinesische Investitionen in Milliardenhöhe könnten hier Abhilfe schaffen. Sollte Mitte 2018 der linksgerichtete und US-kritische Politiker Andrés Manuel López Obrador die mexikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnen, würde dies die Kooperationsmöglichkeiten für China (und Russland) noch erhöhen.

Ähnlich stellt sich die Situation in Zentralamerika dar. US-Präsident Trump hat angekündigt, die Entwicklungshilfe für die krisengeplagte Region zu kürzen. Auch hier dürfte China bereitstehen, schon aus außenpolitischen Gründen. Die Volksrepublik hat insbesondere Interes-

se an den Ländern der Region, die noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Peking möchte erreichen, dass auch diese Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen. Panama nahm 2017 diplomatische Beziehungen zu China auf und ist damit das letzte prominente Beispiel für die wachsende Isolierung Taiwans. Im Gegenzug winken intensivierete Geschäftsbeziehungen zur Volksrepublik.

Chinas Bemühungen in Lateinamerika sind auf den Ausbau langfristiger Beziehungen angelegt. Neben den wirtschaftlichen wurden seit der Jahrtausendwende auch die kulturellen und diplomatischen Beziehungen ausgebaut, beispielsweise über die Eröffnung von Konfuzius-Kulturinstituten und eine intensive Reisediplomatie. Allerdings wollte China den Anschein aggressiven Auftretens bisher vermeiden. Stattdessen betonte die chinesische Regierung stets, dass sie keinesfalls einen geopolitischen Wettbewerb mit den USA in deren einst als »Hinterhof« deklarierten Nachbarschaft führe. Auf globaler Ebene gibt Peking seine außenpolitische Zurückhaltung inzwischen jedoch zunehmend auf. Der internationale, politische Führungsanspruch wird immer selbstbewusster dargestellt, wodurch Spannungen mit Washington auch hinsichtlich Lateinamerikas immer wahrscheinlicher werden.

Russland: In Lateinamerika als Global Player anerkannt

Auch die Regierung Wladimir Putins ist an langfristigen und vielfältigen Beziehungen zu den Ländern der westlichen Hemisphäre interessiert, die Beziehungen zu Lateinamerika haben jedoch zuvorderst politische Bedeutung. Begünstigt wurde die Intensivierung dieser Beziehungen durch den Linksruck Lateinamerikas zu Beginn der 2000er-Jahre. Moskau nutzt diese Verbindungen, um zu zeigen, dass der globale Einfluss Russlands wieder so stark ist wie zu Zeiten der Sowjetunion. Die zentrale Bedeutung Lateinamerikas und insbesondere der Karibik liegt in der geografischen Nähe zu den Vereinigten Staaten. Mit seiner Präsenz kann Russland hier eine kleine Revanche für die Nato-Ausdehnung in Osteuropa nehmen. Zudem eignen sich die Verbindungen zu Ländern der westlichen Hemisphäre sehr gut, um die vom Westen gewünschte Isolierung Russlands auf internationaler Ebene zu konterkarieren. So gab es in Lateinamerika keine Unterstützungen für die Bemühungen

westlicher Staaten, Russland zu Beginn der Ukraine-Krise international zu isolieren. Dementsprechend werden die guten Beziehungen nach Lateinamerika in russischen Medien auch ausführlich gewürdigt.

Was Handel und Investitionen betrifft, bleibt Russland in Lateinamerika weit hinter den USA, China oder der EU zurück. Der russische Markt bietet nicht die gleichen Absatzmöglichkeiten und auch bei Krediten und Investitionen liegt Russland weit hinter den genannten Akteuren. Das Gros der russischen Produkte und Dienstleistungen ist in Lateinamerika nicht wettbewerbsfähig. Dennoch gibt es Ausnahmen: Die Zusammenarbeit Russlands mit Lateinamerika ist auf einige wenige Länder und Wirtschaftssektoren fokussiert. So sind insbesondere russische Unternehmen des Energie- und Rüstungssektors in Lateinamerika aktiv. Sie suchen neue Absatzmärkte und Möglichkeiten für Kooperationen. Zudem wurden als Reaktion auf die Sanktionen des Westens gegen Russland die Exporte von Nahrungsmitteln aus Lateinamerika erhöht. Auch im Nuklearbereich kommt es zur Zusammenarbeit und mit einigen Ländern ebenso im Bereich militärischer Kooperation.

Besonders eng sind die Verbindungen zu Kuba, Nicaragua und Venezuela. So baut Russland in Nicaragua eine Station zum Aufspüren von Satelliten und Ende November 2017 wurde in Managua ein durch Russland errichtetes Anti-Drogen-Trainingszentrum eröffnet. Zunächst soll dort nur die nicaraguanische Polizei ausgebildet werden, später soll die Institution dann auch Expert_innen anderer zentralamerikanischer Staaten offenstehen. Damit würde die russische Sicherheitskooperation in der Region signifikant ausgeweitet.

Neben den Mexikaner_innen sind es insbesondere die Zentralamerikaner_innen, die in Lateinamerika unter der Außenpolitik der Trump-Administration zu leiden haben. So denkt Washington derzeit darüber nach, den temporären Schutzstatus für die in den USA lebenden 200.000 Salvadorianer_innen zu beenden und die Finanzierung des Alliance-for-Prosperty-Fonds signifikant zu reduzieren. El Salvadors Präsident Salvador Sánchez Cerén besitzt aus seiner Zeit als Guerillero gute Beziehungen zu Moskau. Bisher hat sich seine Regierung wegen der großen Abhängigkeit des Landes von den USA mit der Intensivierung der Beziehungen zu Russland zurückgehalten; sollte Trump seine Ankündigungen jedoch tatsächlich umsetzen, dürfte es damit wohl vorbei sein.

Bislang geht vieles in den russisch-lateinamerikanischen Beziehungen über die rhetorische Ebene nicht hinaus. So wird laut darüber nachgedacht, Militärbasen aus der Sowjetzeit wieder zu öffnen; insbesondere Zentralamerika und die Karibik stehen hier im Fokus. Diese Erwägung dürfte jedoch in erster Linie als Provokation gegenüber den USA zu verorten sein. Allerdings nutzt auch Moskau geschickt das Vakuum, das die US-Administration in Lateinamerika hinterlässt, um seine Beziehungen in der Region auszubauen. Wichtiger Partner ist hier Kuba, das traditionell über enge Beziehungen zu Moskau verfügt.

Während sich die Hoffnungen auf eine Entspannung zwischen dem Inselstaat und Washington unter der neuen US-Regierung zerschlagen haben, wächst die Bedeutung Moskaus. Die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen haben sich zuletzt intensiviert. Insbesondere die Öl-Lieferungen aus Russland sind für das wirtschaftliche Überleben des Regimes wichtig. 2017 unterschrieben beide Regierungen zahlreiche Vereinbarungen über Kooperationen: Im Zentrum stehen dabei der Energiesektor, der Eisenbahnbau, die Nahrungsmittel- sowie die Textilindustrie. Zwar sind die wichtigsten Handelspartner Kubas noch immer China und Venezuela, aber Russlands Anteil steigt. Zudem wurde bereits 2016 die Modernisierung der kubanischen Streitkräfte durch Russland vereinbart. Und Moskau hat Kuba den Großteil seiner Schulden erlassen.

Noch größer ist die wirtschaftspolitische Bedeutung der Kooperation mit Russland für das krisengeschüttelte Venezuela. Venezuela hängt am Tropf chinesischer Kredite: Ohne die Hilfe aus China hätte das Land vermutlich längst die Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Allerdings zeigt Peking sich hier in letzter Zeit zurückhaltender; Moskau ist eingesprungen. Noch zu Zeiten des Öl-Booms wurden umfangreiche Rüstungsverträge abgeschlossen; auch im Energiesektor kommt es zu umfangreichen Kooperationen. Moskau unterstützt Caracas bedingungslos und warnt scharf vor einem Eingreifen von außen. Selbst russischer Weizen wird inzwischen nach Venezuela geliefert. Dabei eignen sich die Verbindungen zur venezolanischen Regierung für Moskau ausgezeichnet, um Washington zu provozieren – wie zum Beispiel durch die gemeinsamen Militärmanöver in 2008.

Wichtigster Handelspartner Russlands in Lateinamerika ist jedoch Brasilien. Insbesondere unter der linksgerichteten Regierung von Lula da Silva intensivierten sich neben

den ökonomischen auch die politischen Beziehungen mit dem Ziel, eine multipolare Weltordnung zu etablieren. Die umstrittene rechtskonservative Regierung von Präsident Michel Temer verfolgt zwar keine derartigen geopolitischen Ziele, aber der Handel mit Russland blüht dennoch. Ähnlich verhält es sich mit Argentinien: Suchte Ex-Präsidentin Kirchner die Nähe zu Moskau noch aus ideologischen Gründen, so steht für ihren Nachfolger Mauricio Macri der Handel gänzlich im Vordergrund. Zwar kritisierte seine Regierung zum Amtsantritt noch die unter Kirchner getroffenen Vereinbarungen mit China und Russland, inzwischen pflegt aber auch sie die Beziehungen zu beiden Ländern in der Hoffnung auf Handel und Investitionen.

Wohl protestieren die USA gegen diese Beziehungen, erreichen damit aber – nicht zuletzt wegen ihrer Arroganz – eher das Gegenteil. Als Vasallen Washingtons wollen auch die konservativen und zuvorderst handelsorientierten Regierungen der Region nicht gelten – insbesondere dann nicht, wenn Washington gleichzeitig die Einfuhr lateinamerikanischer Produkte erschwert. Und wenn Ex-US-Außenminister Tillerson, wie jüngst geschehen, die Monroe-Doktrin des Jahres 1823 lobte und vor der Einmischung fremder Mächte in den Amerikas warnte, dann findet das auch im rechten Lager keinen Anklang. Richtete sich die Monroe-Doktrin ursprünglich gegen Europa, so zielte Tillerson nun unverhohlen auf die Präsenz Russlands und Chinas. Allerdings erinnern seine Worte das Gros der Lateinamerikaner_innen vor allem an einen US-amerikanischen Imperialismus und Interventionismus. Insofern erleichtern es solche Einlassungen Moskau und Peking eher, sich als Partner der Lateinamerikaner_innen auf Augenhöhe zu präsentieren, zumal beide ohnehin auf die Waffen der *soft power* in Lateinamerika vertrauen.

Die liberale Demokratie verliert an Strahlkraft

So ist ein wichtiges Instrument der russischen Annäherung an Lateinamerika der Kanal *Russia Today* auf Spanisch. Im Vergleich mit anderen ausländischen Sendern ist RT sehr erfolgreich in der Region. Das politische Modell Russlands wird als eine effiziente Alternative zur liberalen Demokratie dargestellt. Es ist deutlich, dass diese Argumentation in Lateinamerika durchaus verfängt; auch das chinesische Modell eines autoritären Kapitalismus wird

nicht nur kritisch gesehen. Die Demokratie in Lateinamerika gilt im Vergleich zu anderen Regionen zwar als insgesamt gefestigt, gleichwohl ist sie anfällig für autoritäre Tendenzen, wie der Aufstieg evangelikaler Hardliner in diversen Ländern der Region zeigt. Der Verdruss gegenüber den traditionellen Parteien und den wirtschaftlichen und politischen Eliten lässt autoritäre Akteure attraktiv erscheinen. Vor diesem Hintergrund gewinnen auch die Regierungsmodelle Chinas und Russlands an Ansehen.

Derzeit wird viel über den Verlust der *soft power* der Vereinigten Staaten geklagt, der vor allem durch das rüde Auftreten Donald Trumps und die rücksichtslose Außenpolitik der Republikaner_innen verursacht wird. In Lateinamerika wird die *soft power* der USA hingegen traditionell kritisch bewertet: Jahrzehntlang hat man am eigenen Leib erfahren, dass die Durchsetzung demokratischer Standards und freiheitlicher Werte von Washington immer auch zur Durchsetzung eigener Interessen genutzt wurde. So hatten gewählte linke Regierungen, die den Einfluss Washingtons zu beschneiden oder gar die Geschäftsinteressen US-amerikanischer Konzerne zu beschädigen drohten, wenig Gutes zu erwarten. Insbesondere die lateinamerikanische Linke verweist auf die große Toleranz des Westens gegenüber autoritären Regimen, solange es den eigenen Interessen nutzt. Insofern lassen sie auch das Argument der mit Vorsicht zu betrachtenden autoritären Regierungen in China oder Russland nicht gelten.

In Lateinamerika hat das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates einen hohen Wert; traditionell haben sich in der Region vor allem die Nordamerikaner_innen eingemischt. Auch in anderen Teilen der Welt sehen die Lateinamerikaner_innen meistens den Westen am Zündeln; ebenso steht das Prinzip der *responsability to protect* unter Verdacht, als Einfallstor zur Durchsetzung wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen des Westens zu dienen. Allerdings muss sich Lateinamerika hier inzwischen durchaus eine einseitige Betrachtungsweise vorwerfen lassen. So wird die massive Beteiligung Moskaus im syrischen Bürgerkrieg beispielsweise schlicht nicht diskutiert. Das rechte Lager bewertet seine Außenbeziehungen nahezu ausschließlich unter handelspolitischen Gesichtspunkten und das linke Lager fürchtet, mit einer Kritik an Russland den Westen zu unterstützen. Bislang kann man sich diese Haltung erlauben, da der Konflikt fern ist und seine Folgen Lateinamerika noch nicht betreffen. Eine Zuspit-

zung des Konflikts im Nahen Osten kann jedoch auch für die lateinamerikanischen Regierungen politische Kosten entfalten.

Vereinzelt treten China und Russland in Lateinamerika auch in Wettbewerb miteinander – insbesondere, wenn es um Rüstungsexporte geht. Unter strategischen Gesichtspunkten komplementieren sie sich jedoch. Zwar kommt es bisher nicht zu einer expliziten Zusammenarbeit beider Staaten in der Region, zumal es dazu an der Gelegenheit bzw. dem Bedarf fehlt, dies könnte sich in Zukunft jedoch ändern. So ist wahrscheinlich, dass China und Russland ihre Beziehungen zu Lateinamerika auch künftig weiter vertiefen und zunehmend für ihre geopolitische Agenda nutzen werden. Die lateinamerikanischen Regierungen sollten daher damit beginnen, mögliche Folgen zu analysieren und eigene außenpolitische Strategien zu entwickeln.

Derzeit werden nur noch wenige lateinamerikanische Länder von Mitte-links-Regierungen regiert. Diese werden ihre Beziehungen zu China und Russland allein um ihres eigenen Überlebens willen (Venezuela, Kuba) oder aus ideologischen Gründen (Bolivien, Nicaragua) aufrechterhalten müssen bzw. wollen. Die konservativen und liberalen Regierungen betrachten ihre Beziehungen zum Rest der Welt hingegen in erster Linie unter außenhandelspolitischen Gesichtspunkten. In dieser Lesart sind gute Beziehungen sowohl zum Westen als auch zu deren Widersachern gleichzeitig möglich, ohne politische Kosten befürchten zu müssen. Dennoch ist zu erwarten, dass China und Russland zu einem späteren Zeitpunkt auch geopolitische Forderungen stellen könnten.

Der Traum von win-win

Bei positiver Betrachtungsweise lässt sich die derzeitige Herangehensweise als pragmatisch bezeichnen, sie ist jedoch auch gekennzeichnet durch ein Ausbleiben tieferreichender Analysen. Die Regierungen sehen sich eher als Wettbewerber statt als strategische Partner, zumal es ihnen zuvorderst um Handelsanteile und Investitionen geht.

Die diversen Integrationsbündnisse der Region weisen zudem traditionell eine eher schwache Dynamik auf. Das Desinteresse der rechten Regierungen an regionaler Kooperation führt daher auch fast zu einer völligen Läh-

mung; einzige Ausnahme bildet die Pazifikallianz, da sie sich in erster Linie die Ausweitung des Handels mit Asien auf ihre Fahnen geschrieben haben. Diese mangelnde Koordination nützt jedoch vor allem den außenpolitischen Partnern wie China, da sie in bilateralen Verhandlungen ein größeres Gewicht entfalten können.

Die lateinamerikanischen Regierungen wähen sich in einer Win-win-Situation; mögliche Konsequenzen werden nicht erörtert. Ein Beispiel liefert die brasilianische Regierung, die derzeit die OECD-Mitgliedschaft anstrebt. Ob dieser Eintritt in den Club der westlichen Industrienationen aber mit der Teilnahme am Schwellenländer-Bündnis BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) vereinbar ist, wird hingegen nicht debattiert.

Lateinamerika tut gut daran, sich aus der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten zu befreien und sich auf eine multipolare Welt auszurichten. Allerdings reagieren die Lateinamerikaner_innen insgesamt nur sehr vage und passiv auf die sich rapide verändernde Weltlage. Es fehlt an einer Analyse der globalen Umbrüche aus lateinamerikanischer Sicht sowie erst recht an regionalen Debatten und Strategieentwürfen zu diesem Thema. In absehbarer Zeit dürfte der Druck auf die Region von verschiedenen Seiten jedoch zunehmen. Sollte Washington China und Russland als die größte Bedrohung der eigenen Sicherheit ausmachen, wird dies nicht ohne Konsequenzen für die südlichen Nachbarn bleiben, wenn beide Staaten dort gleichzeitig mehr Raum einnehmen.

Insbesondere Russlands Präsident Putin nutzt außenpolitische Konflikte, um seine Zustimmungswerte zu erhöhen. Zwar liegt Lateinamerika den meisten Russ_innen nicht nur geografisch fern, doch könnte die Zuspitzung eines Konflikts mit den USA auch dort genutzt werden, um Putins Popularität in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche zu stabilisieren. Die sich so pragmatisch wähnende Rechte Lateinamerikas hat die Möglichkeit einer Beeinflussung von Wahlen durch Moskau bislang jedoch nicht ins Auge gefasst. Dabei dürfte diese Idee so fern nicht liegen: Linke und dem Westen gegenüber kritisch eingestellte Regierungen sind für Russlands Interessen vorteilhafter. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Trump-Regierung derzeit vor einer Einmischung Russlands in den mexikanischen Wahlkampf zugunsten López Obradors warnt. Undenkbar ist dieser Fall deswegen aber noch lange nicht.



Über die Autorin

Claudia Detsch ist Direktorin der Zeitschrift *Nueva Sociedad* der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Buenos Aires, Argentinien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253
<https://www.fes.de/referat-lateinamerika-und-karibik/>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-96250-085-6